

diese Meinung greift unter den Feinden der Deutschen Demokratischen Republik immer weiter um sich —, daß seit der Souveränitätserklärung der Deutschen Demokratischen Republik die westalliierten Mächte in der Deutschlandpolitik offenkundig in die Defensive gezwungen wurden, während sie vorher glaubten, in der Offensive zu sein. Selbst die amerikanische Presse muß zugeben, daß man — außer den üblichen, längst abgedroschenen Schimpftiraden über die Deutsche Demokratische Republik — kein vernünftiges Argument gegen die Erklärung der Regierung der UdSSR vom

25. März 1954 geben könne, geschweige denn ein Argument, das die Volksmassen überzeuge. Dagegen stehe man heute vor der Tatsache, daß die souveräne Deutsche Demokratische Republik nicht nur als Machtfaktor in Erscheinung trete — was sich aus der staatlichen Souveränität von selbst ergibt —, sondern daß auch ihre politisch-moralische Autorität bei der westdeutschen Bevölkerung wachse, und zwar in dem Maße, wie die Auswirkung der Verträge von Bonn und Paris für die Bevölkerung Westdeutschlands spürbar werde.

Man wird schwerlich ein Ereignis der jüngeren Vergangenheit finden, das in der westdeutschen Öffentlichkeit und in den Redaktionen der maßgeblichen westdeutscher Zeitungen sowie in den Regierungskreisen Bonns eine so tiefgreifende und anhaltende Wirkung ausgelöst hat wie die Erklärung der Deutschen Demokratischen Republik zum souveränen Staat. Brachten andere Ereignisse momentane Reaktionen hervor, die aber bald abebbten, so reißen die Betrachtungen über die Tatsache der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Auswirkungen nicht ab. Die „Ostzone“, von der man noch vor Jahresfrist behauptete, sie sei „Niemandland“, von der Adenauer u. d. Kaiser als von „Deutschlands unerlösten Gebieten“ sprachen, die „der Befreiung harren“, steht nunmehr als souveräner Staat da, dessen Existenz zu leugnen von den Koalitionspartnern der Adenauer-Regierung selbst als „Höhepunkt politischer Blindheit“ bezeichnet wird, da weder die Existenz noch der Machtzuwachs dieses Staates von dem Urteil des Bonner Kabinetts über ihn abhängig sei. Man mußte erkennen, daß die gesamte, so „kostspielige“ Deutschlandpolitik der westalliierten Mächte die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik nicht verhindern konnte und daß es das Geschimpfe der Bundesregierung genau so wenig vermag.

So müssen selbst gegnerische Politiker anerkennen, daß die bisherige Vorstellung, der politische Einfluß in Deutschland fließe vom Westen nach dem Osten und untergrabe im Osten die Möglichkeit der Schaffung neuer ökonomischer und politischer Verhältnisse und die Herausbildung einer stabilen Staatsmacht, eine verhängnisvolle Illusion gewesen sei. Sie müssen zugeben, daß seit der Souveränitätserklärung der Deutschen Demokratischen Republik die Schwierigkeiten der Bundesregierung bei der Durchsetzung der Verträge erheblich gewachsen sind und daß ein souveräner deutscher Staat neben der „integrierten“ Bundesrepublik eine tödliche Gefahr für die anglo-amerikanische Politik in Westeuropa darstellt.

Man kann mit Fug sagen, daß der sichere Boden, auf dem die Bonner Machthaber bisher zu stehen glaubten, für sie ins Wanken geraten ist. Die alte These Adenauers, die Bundesrepublik sei der endgültige und der einzige legitime deutsche Staat, die Deutsche Demokratische Republik dagegen könne nicht für sich in Anspruch nehmen, die deutsche Staatsgewalt zu repräsentieren, wird von vielen, die sie früher vertraten, nicht mehr aufrechterhalten. Es ist eine allgemeine Unsicherheit über die Grundlagen der eigenen Staatlichkeit eingetreten. Die Tatsache der Erklärung der Deutschen Demokratischen Republik zum souveränen Staat hat die früheren juristischen Konstruktionen ins Wanken gebracht. So wird es für die Apologeten des Adenauer-Regimes immer schwerer, über die politisch-staatliche, ökonomische und rechtliche Wirklichkeit hinwegzutäuschen.

So trägt die Erklärung der Deutschen Demokratischen Republik zum souveränen Staat entscheidend dazu bei, das politische Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung wachzurütteln. Langsam beginnt sich die Einsicht Bahn zu brechen, daß die schweren Nöte und Sorgen, die die große Masse der westdeutschen Bevölkerung bedrücken, und die stets sich verstärkende

Unsicherheit ihrer Lebensgrundlage in der Unterwerfung der Bundesrepublik unter die Politik des Atlantikpaktes und in ihrem Ausbau als dessen strategischer Vorposten ihren letzten Grund hat. Das aber ist der erste Schritt zu der Erkenntnis, daß die Kämpfe um die Freiheit von Not und Elend und um die Sicherheit nicht zu trennen sind von den Kämpfen um die Herstellung der Macht des Volkes und die politische Selbstbestimmung, daß Sicherheit und Wohlstand nur dann erreicht und die Grundlagen seines Lebens nur dann gefestigt sind, wenn das deutsche Volk das Joch der seine Freiheit knebelnden und seine Lebensgrundlagen gefährdenden Verträge von sich geschüttelt und seine Geschicke in die eigenen Hände genommen hat.

III

Die überwältigende Mehrheit der westdeutschen Staatswissenschaftler ist weit davor, entfernt, die veränderten staatlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik einer ernsthaften Analyse zu unterziehen, aus ihr die Schlußfolgerungen für die Aufgaben der Nation, die Durchsetzung der Demokratie und die Sicherheit der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten zu ziehen und so zu den Lebensfragen der Nation vorzustoßen. Vielmehr übernimmt sie ungeprüft — weil es die „herrschende Meinung“ ist — aus der kosmopolitischen Ideologie des amerikanischen Imperialismus die These vom „Zusammenfließen der verschiedenen nationalen Interessen“, das auf der „höheren“, der „supranationalen“ Ebene statthabe, und die Behauptung, daß hier die Sonderinteressen jeder Nation und alle ihre Besonderheiten „aufgehoben“ seien, daß das Individuum aus seinen „nationalen Schranken“ befreit und nun „Europäer“ oder „Weltbürger“ sei.

Unfähig, die wahren gesellschaftlichen Verhältnisse und die Lage der Nation in Betracht zu ziehen und die deutsche Staatsfrage als die Frage nach der Sicherung der nationalen Interessen des deutschen Volkes zu stellen, bleibt der „herrschenden Meinung“ die Erkenntnis versagt, daß nur ein solcher Staat Bestand haben kann, der die fundamentalen Lebensinteressen des deutschen Volkes verwirklicht. Sie verharrt auf dem Standpunkt, daß die deutsche Staatsfrage durch die Ausdehnung der in Westdeutschland herrschenden „supranationalen“ Staatsgewalt auf ganz Deutschland ihre Lösung finde, also durch die Unterwerfung des ganzen deutschen Volkes unter die Fesseln der Verträge.

Dies geschieht zu derselben Zeit, in der durch die Verträge die Herrschaft der „supranationalen“ Mächte in der Praxis selbst errichtet und hier eindeutig demonstriert wird, um was es in Wahrheit geht. Mit der Kodifizierung der Verträge, dieser „Integration“ in der Praxis, konnte man nicht mehr die Phantasie beliebig spielen lassen und kosmopolitische Luftgebäude errichten. Jetzt wurden Tatsachen geschaffen. Der pure Text der Verträge spricht eine unmißverständliche Sprache.

Die staatswissenschaftliche Literatur Westdeutschlands allerdings steckt den Kopf in den Sand. Sie verschweigt entweder völlig den Inhalt der Verträge — insbesondere den Inhalt der sie konkretisierenden Zusatzabkommen — oder sie bagatellisiert sie in einer unerhörten Weise, verkleistert und verdeckt die hier offen zutage tretende Entrechtung unseres Volkes. Die Behandlung der Verträge durch die westdeutsche staatswissenschaftliche Literatur, insbesondere die Behandlung ihres Einbaus in das Grundgesetz der Bundesrepublik, ist aufs schärfste zu verurteilen. Diese Literatur unterläßt es, ebenso wie zur Zeit des Aufkommens der faschistischen Diktatur, die wirkliche Bewegung der staatlichen Machtverhältnisse und ihre Auswirkung für Nation, Volk und Bürger offenzulegen. Die Schuld, die sie damit auf sich lädt, gleicht der, die sie auf sich lud, als sie, statt das deutsche Volk über das wahre Wesen der faschistischen Diktatur aufzuklären, über die furchtbare Gefahr hinwegtäuschte und so selbst der Hitler-Barbarei den Weg ebnet half und dadurch daran mitwirkte, das deutsche Volk in die Katastrophe zu treiben.

Die „supranationale“ Gewalt und das durch sie hervorgebrachte „Recht“, deren Ausbau in den Plänen der Imperialisten eine so große Rolle spielt, hat nirgends in der Welt ihre gleich weitgehende praktische Durchführung gefunden und damit auch gleich gefährdende Formen angenommen, wie in den Verträgen von Bonn und Paris. Damit aber tritt hier auch zugleich das wahre Wesen dieser „supranationalen“ Macht und